

Achtung!

Achtung!

Reichstagswähler im Wahlkreise Moers-Rees.

In unserem ersten Flugblatt haben wir Euch über die Ursachen der Reichstagsauflösung, Steuerlasten, Schuldenwirtschaft, Kolonialpolitik, Zoll- und Wappenzensurpolitik und Lebensmittelwucher genau unterrichtet, wozu nur die gesamten bürgerlichen Parteien die Schuld tragen.

Dieselben bürgerlichen Parteien führen Euch stets die deutsche Sozialreform vor Augen.

Arbeiter! Wähler! Wie sieht in Wirklichkeit die deutsche Sozialreform aus?

Große Summen führt das Zentrum und die Nationalliberalen Euch vor Augen, damit das Sündenregister, welches diese Parteien auf dem Gewissen haben, nicht erlöst werden soll.

Im Jahre 1904 zahlten die Unternehmer in der Krankenversicherung pro Tag und Versicherten ganze 1,54 Pf.

Arbeiter! Wähler! Seid Ihr gewillt, für eine solche „Segensfülle“ noch Scharfmacher und Zollwucher in den Reichstag zu senden?

In der Unfallversicherung wurden im Durchschnitt 1904 gezahlt pro Tag und Renteneinpfänger 0,41 Pf., für jeden Versicherten pro Tag ganze 1,89 Pf. In der Alters- und Invalidenversicherung ergibt sich pro Tag die Riesensumme von 1,42 Pf. Für solche glänzende Fürsorge verlangt das Ausbeutertum willigen, bedingungslosen Gehorsam und die Freiheit, den Arbeiter nach Herzenslust plündern zu dürfen.

Wähler, haltet die Augen offen! Laßt Euch nicht Sand hineinstreuen! Hätten die Vertreter im Reichstage dieselben Gelder, welche in den Sandwüsten verpulvert worden sind, in der Arbeiterversicherung mit angelegt, so wäre heute nicht das Elend in dem Maße unter der armen Bevölkerung vorhanden. Dann hätten die Vertreter der bürgerlichen Parteien in Wirklichkeit auch nationales Gefühl besessen. Der Zentrumsabgeordnete Wiesberts hätte dann auch nicht im Reichstage ausfragen brauchen: „Man muß sich schämen, ein Preuze zu sein.“ Seinen Kollegen in der Zentrumsfraktion, die Herren Grafen, Barone, Großgrundbesitzer und Advokaten werden diese Worte übel empfunden haben.

Arbeiter! Wähler! In den letzten drei Jahren bewilligte der aufgelöste Reichstag sage und schreibe 400 Millionen für Kolonialpolitik, aber in 20 Jahren gab das Deutsche Reich nur 340 Millionen für die Sozialpolitik aus.

Den Sozialdemokraten wird immer vorgeworfen, sie hätten gegen die Arbeiterschutzgesetze gestimmt. Den Vorwurf, nach dem Grundsatz: **Alles oder nichts!** gehandelt zu haben, trifft das Zentrum im selben Maße, wie es die Sozialdemokratie treffen soll.

Das Zentrum und die Nationalliberalen erklärten sich gegen den Reichszuschuß im ersten Entwurf bei der Unfallversicherung (1881). Dadurch fiel der Entwurf. Also alles oder nichts wollten diese Parteien.

Bei der Krankenversicherung war in zweiter Lesung die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter beschlossen worden. Konservative und Ultramontane widersetzten sich und drohten, das ganze Gesetz scheitern zu lassen, wenn die zwangsweise Versicherung der Landarbeiter nicht ausgeschlossen würde. Wiederum handelte das Zentrum nach dem Grundsatz: **Alles oder nichts!**

Bei der Alters- und Invaliditätsversicherung stimmte das Zentrum (mit wenigen Ausnahmen) gegen das Gesetz. Warum? Weil das Gesetz dem Zentrum zu weit ging, weil es sich nicht nur, wie das Zentrum wollte, auf das Großgewerbe, sondern auch auf das Handwerk und die Landwirtschaft bezog. Um den Bäcker und Ackerbauern nicht wehe zu tun, lehnte das Zentrum das Gesetz ab, nach dem Grundsatz: **Alles oder nichts!**

Wenn die Sozialdemokratie gegen das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz stimmte, so deshalb, weil es zu wenig für die Arbeiter bot. Im übrigen urteilte man, ob die Forderungen der Sozialdemokratie den Vorwurf der „Machlosigkeit“ und „Unerfüllbarkeit“ verdienen, ob sie nicht im Gegenteil ebenso berechtigt wie bescheiden waren:

Die Sozialdemokratie wollte die Erwerbsunfähigkeit, die den Anspruch auf Rente begründet, anerkannt wissen, wenn der Arbeiter nur noch die Hälfte des bisherigen Verdienstes zu erringen vermag.

Die Sozialdemokratie wollte die Altersgrenze für den Rentenbezug auf 60 Jahre und die Wartezeit auf 20 Beitragsjahre festsetzen.

Die Sozialdemokratie wollte, um die Rente für die Versicherten zu steigern, den Reichszuschuß von 50 auf 90 Mark pro Jahr und Rente erhöhen.

Die Sozialdemokratie wollte diejenigen Arbeiter, die weniger als 550 M. Jahresverdienst haben, von der Beitragslast befreien, das Reich sollte für diese Ärmsten der Armen den Beitrag zahlen.

Daß sind die „maßlosen“ und „unerfüllbaren“ Forderungen der Sozialdemokratie, die von den bürgerlichen Parteien mit Einschluß des Zentrums abgelehnt wurden.

Die Sozialdemokratie stimmte gegen das Gesetz, weil es ihr zu wenig für die Arbeiter bot; das Zentrum stimmte gegen das Gesetz, weil es zu viel bot! In der Folge war daher das Zentrum bemüht, das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz nach den Wünschen der Agrarier und Bäcker zu gestalten. Als im Jahre 1897 der erste Revisionsentwurf der Regierung vorlag, brachte das Zentrum den Antrag ein, der die Ablehnung des Regierungsentwurfs und weiter die Abänderung des bestehenden Gesetzes verlangte, wobei gefordert wurde:

Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter in Bergwerken, Fabriken und sonstigen großgewerblichen Betrieben; Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der kleingewerblichen Betriebe und für das Gefunde; Beseitigung des Reichszuschusses!

Der Antrag kam im Reichstage nicht mehr zur Beratung, und in ihrem Entwurf von 1898/99 lehnte es die Regierung entschieden ab, diesen abschüssigen Weg zu betreten, sodas der reaktionäre Versuch des Zentrums als dauernd gescheitert angesehen werden kann.

Immerhin bleibt die Tatsache bestehen, das das Zentrum nicht nur gegen das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz gestimmt, sondern auch später versucht hat, es in einer Weise zu ändern, die nach dem Zeugnis Eugen Richters so gut war, wie die Einleitung zur Aufhebung des ganzen Gesetzes.

Und diese Partei hat den Mut, die Sozialdemokratie wegen ihrer Haltung gegenüber der Sozialgesetzgebung als „arbeiterfeindlich“ zu denunzieren.

Am 25. Januar habt Ihr zu entscheiden, ob Ihr mit den deutschen Arbeiterversicherungsgesetzen zufrieden seid. Wählt darum nur einen Sozialdemokraten und keinen Lebensmittelwucherer.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann-Solingen begründete in ausführlicher Rede die Preisnot in ganz Deutschland und forderte von der Regierung Maßnahmen zur Oeffnung der Grenzen, wobei er insbesondere den Nachweis erbrachte, das die

Lebenshaltung der Bergarbeiter

infolge der hohen Lebensmittelpreise hinter der Zeit von 1889 zurückgeblieben ist, trotzdem damals die Löhne niedriger standen als heute.

Der Regierungsvertreter bestritt, das durch Oeffnung der Grenzen sich die Preisnot beheben werde, trotzdem festhielt, das im gesamten Auslande die Lebenspreise niedriger sind als in Deutschland.

Hier die zahlenmäßigen Beweise dafür:

Holland	68 Pf.
Frankreich	52 „
Spanien	55 „
Norwegen, Schweden und Dänemark	40 „
Finnland	44 „

Südamerika (Chile)	41	Bis.
Belgien	56	"
Italien	60	"
England	48-55	"
Rußland	38	"
Nordamerika	42	"
Mexiko	30	"

Die deutsche Bevölkerung muß also für diesen Konsumartikel mehr als **doppelt** soviel bezahlen als beispielsweise in Skandinavien, Rußland und Amerika bezahlt wird. Und das nur, um dem nimmerfertigen Junkertum die unergründlichen Taschen zu füllen!

Hausfrauen, merkt euch die vorstehenden und auch die nachfolgenden Zahlen, dann wißt ihr auch, warum ihr mit dem Lohne eures Mannes nimmer auszukommen vermöget. Die Zollpolitik verteuert unsere Lebenshaltung mehr als die geringen Lohnsteigerungen der letzten Jahre ausmachen.

Wir teilen hier die folgenden amtlich ermittelten Zahlen über die Großhandelspreise im Durchschnitt der Jahre 1904-1905 und 1905-1906 (vom Oktober bis September gerechnet) mit.

Es notierten in Mark:					
Quantität	Ware	1904/05	1905/06	+ oder -	in Prozent
1 Tonne	Roggen	145,33	162,61	+	11,2
1 "	Weizen	174,43	179,50	+	2,9
1 Doppelzentner	Roggenmehl	18,15	21,07	+	11,3
1 "	Weizenmehl	22,81	24,09	+	5,5
1 "	Butter	225,75	230,35	+	2,0
1 "	Schmalz	75,09	86,79	+	15,6
1 "	Zucker	47,79	37,55	+	21,5
1 "	Döfse	135,38	143,09	+	5,7
1 "	Schweine	118,56	137,48	+	15,9
1 "	Kälber	144,37	158,63	+	9,8
1 "	Hammel	133,30	150,33	+	12,8

Dabei ist zu beachten, daß bei uns im Westen die Preise noch bedeutend über dem Durchschnitt stehen.

Arbeiter! Wähler! Wem könnt Ihr dieseollerhöhung verdanken? Nur dem Zentrum nebst den anderen bürgerlichen Parteien.

Arbeiter! Wähler! Schon heute machen wir Euch aufmerksam, denn in den letzten Tagen werden unsere Gegner mit Lügen und Verdächtigungen an Euch herantreten. Uns ist es nicht möglich, in letzter Stunde darauf zu antworten.

Wähler, bedenkt, daß am 25. Januar um des Volkes Recht und um des Volkes Wohlfahrt gekämpft wird. Stärkt die Sozialdemokratische Partei durch gewaltigen Stimmenzuwachs und starke Vermehrung der Reichstagsitze.

Wählt nur

Rudolf Bühler, Essen.

**Wähler! Alle Mann an Bord! Klar zum Gefecht!
Vorwärts zum Kampf und Sieg! Hoch die Sozialdemokratie!**

Das sozialdemokratische Wahlkomitee im Wahlkreise Moers-Rees.

Zur Beachtung! Wahlberechtigt ist jeder Deutsche (man braucht also nicht Preuße zu sein), männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt. Ausgeschlossen von der Wahlberechtigung sind Personen, die unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder die sich in noch nicht abgeschlossenem Konkursverfahren befinden. Personen, welche eine direkte Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Wähler! Bedenkt auch, daß in dieser ersten Zeit es doppelt notwendig ist, zu dem Organ **Niederrheinische Arbeiterzeitung** zu stehen. Die mißliche Lage, in welcher sich gerade die bürgerlichen Parteien befinden, wird deren Zeitungen zu den tollsten Sprüngen und Verdächtigungen der Sozialdemokratie, sowie zur Verdunkelung der Tatsachen, um die es sich bei dieser Wahl handelt, verleiten. Jeder, der mit uns denkt und fühlt, muß auch jetzt die **Niederrheinische Arbeiterzeitung** halten. Jede Auskunft über Bestellung der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, sowie über die gesamte Bewegung während der Wahl werden im Kreise Moers und Rees vom Arbeitersekretariat **Hochheide, Pringsstraße 95**, erteilt.

Am Wahltage müssen die Wähler im Kreise Moers-Rees Gericht halten mit den Zollwucherparteien.

Ferner müssen die Wähler Gericht halten über die Ungerechtigkeiten, welche in den letzten Tagen geschehen sind.

In dem kath. Marienbaum hat die Polizei im Dienste der Zentrumsparthei gestanden.

Der Beamte hat die Leute in den Wohnungen aufgefordert, uns herauszuwerfen. In Hochhemmerich hat die Polizei mehrere unserer Flugblattoverbreiter mit zur Wache genommen. Solche Fälle von polizeilichen Uebergriffen wurden uns im ganzen Wahlkreise gemeldet. Von Wirten sind uns Briefe zugegangen, daß sie uns Ihre Lokalitäten gerne zur Verfügung stellen würden, wenn sie nicht von der Behörde gedrückt würden.

Arbeiter, Wähler! In den Flugblättern unserer Gegner findet man aus gewissen Gründen nicht viel von den Sozialdemokraten. Warum wohl nicht? Man denkt Euch Sand in die Augen streuen zu können, damit Ihr eure Stimme am Wahltage keinem Sozialdemokraten geben sollt. Fallt nicht auf diese Falle herein. Wenn uns Lokale zur Verfügung ständen, würden wir schon Abrechnung halten mit dieser ganzen Gesellschaft.

Im Kreise Rees hat man unsere Flugblattoverbreiter mit Stöcken, Biergläser, usw. empfangen.

Arbeiter! Wähler! Das sind die geistigen Waffen der sich schimpfenden Volksvertreter. Auf eine Beschwerde beim Herrn Landrat in Moers hatte dieser gute Mann nur ein mitleidiges Lächeln.

Wähler, im ganzen Wahlkreise! wollt Ihr noch länger solches Unrecht mit ansehen. Am 25. Januar gebt die Antwort durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettles,

auf die geistigen Waffen der Zentrumsmatadoren im Kreise Rees, auf die polizeilichen Uebergriffe in Marienbaum und Hochhemmerich,

gebt eine Antwort auf die Saalabtreiberien, protestiert gegen Fleisch- und Brotwucher, gegen Zoll- und Absperrungspolitik, gegen die deutsche Schuldenwirtschaft, gegen die Sandwüstenpolitik, gegen die neue Zuchtansvorlage, gegen das neue Antigewerkschaftsgesetz, durch das die mühsam unter namenlosen Opfern aufgebaute Gewerkschaftsorganisation entmündigt und zertrümmert werden soll.

Südamerika (Chile)	41 Bfg.
Belgien	56
Italien	60
England	48-55
Rußland	38
Nordamerika	42
Mexiko	30

Die deutsche Bevölkerung muß also für diesen Konsumartikel mehr als **doppelt soviel** bezahlen als beispielsweise in Skandinavien, Rußland und Amerika bezahlt wird. Und das nur, um dem nimmerfattten Junkertum die unergründlichen Taschen zu füllen!

Hausfrauen, merkt euch die vorstehenden und auch die nachfolgenden Zahlen, dann wißt ihr auch, warum ihr mit dem Lohne eures Mannes nimmer auszukommen vermöget. Die Zollpolitik verteuert unsere Lebenshaltung mehr als die geringen Lohnsteigerungen der letzten Jahre ausmachen.

Wir teilen hier die folgenden amtlich ermittelten Zahlen über die Großhandelspreise im Durchschnitt der Jahre 1904-1905 und 1905-1906 (vom Oktober bis September gerechnet) mit.

Es notierten in Mark:

Quantität	Ware	1904/05	1905/06
1 Tonne	Roggen	145,33	162,61
1 "	Weizen	174,43	179,50
1 Doppelzentner	Roggenmehl	18,15	21,07
1 "	Weizenmehl	22,81	24,09
1 "	Butter	225,75	230,35
1 "	Schmalz	75,09	86,79
1 "	Zucker	47,79	37,55
1 "	Öfen	135,38	143,09
1 "	Schweine	118,56	137,48
1 "	Kälber	144,37	158,63
1 "	Sammel	133,30	150,33

Dabei ist zu beachten, daß bei uns im West noch bedeutend über dem Durchschnitt stehen.

Arbeiter! Wähler! Dem könnt Ihr dieseollerhöhung dem Zentrum nebst den anderen bürgerlichen Parteien.

Arbeiter! Wähler! Schon heute mac Segner mit Lügen und Verdächtigungen darauf zu antworten.

Wähler, bedenkt, daß am Volkes Wohlfahrt gekämpft wi gewaltigen Stimmenzuwachs u

Wählt nur

Rudolf B... r, Essen.

**Wähler! Alle Mann an Bord! Klar zum Gefecht!
Vorwärts zum Kampf und Sieg! Hoch die Sozialmokratie!**

Das sozialdemokratische Wahlkomitee im Wahlkreise Moers-Rees.

Zur Beachtung! Wahlberechtigt ist jeder Deutsche (man braucht also nicht Preuze zu sein), männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt. Ausgeschlossen von der Wahlberechtigung sind Personen, die unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder die sich in noch nicht abgeschlossenem Konkursverfahren befinden. Personen, welche eine direkte Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Wähler! Bedenkt auch, daß in dieser ersten Zeit es doppelt notwendig ist, zu dem Organ **Niederrheinische Arbeiterzeitung** zu stehen. Die mißliche Lage, in welcher sich gerade die bürgerlichen Parteien befinden, wird deren Zeitungen zu den tollsten Sprüngen und Verdächtigungen der Sozialdemokratie, sowie zur Verdunkelung der Tatsachen, um die es sich bei dieser Wahl handelt, verleiten. Jeder, der mit uns denkt und fühlt, muß auch jetzt die **Niederrheinische Arbeiterzeitung** halten. Jede Auskunft über Bestellung der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, sowie über die gesamte Bewegung während der Wahl werden im Kreise Moers und Rees vom Arbeitersekretariat Hochheide, Pringstraße 96, erteilt.

Am Wahltage müssen die Wähler im Kreise Moers-Rees Gericht halten mit den Zollwacherparteien.

Ferner müssen die Wähler Gericht halten über die Ungerechtigkeiten, welche in den letzten Tagen geschehen sind.

In dem kath. Marienbaum hat die Polizei im Dienste der Zentrumsparthei gestanden.

Der Beamte hat die Leute in den Wohnungen aufgefodert, uns herauszuwerfen. In Hochhemmerich hat die Polizei mehrere unserer Flugblattverbreiter mit zur Wache genommen. Solche Fälle von polizeilichen Uebergriffen wurden uns im ganzen Wahlkreise gemeldet. Von Wirten sind uns Briefe zugegangen, daß sie uns Ihre Lokalitäten gerne zur Verfügung stellen würden, wenn sie nicht von der Behörde gedrückt würden.

Arbeiter, Wähler! In den Flugblättern unserer Gegner findet man aus gewissen Gründen nicht viel von den Sozialdemokraten. Warum wohl nicht? Man denkt Euch Sand in die Augen streuen zu können, damit Ihr Eure Stimme am Wahltage keinem Sozialdemokraten geben sollt. Fallt nicht auf diese Falle herein. Wenn uns Lokale zur Verfügung ständen, würden wir schon Abrechnung halten mit dieser ganzen Gesellschaft.

Im Kreise Rees hat man unsere Flugblattverbreiter mit Stöcken, Biergläser,

ter! Wähler! Das sind die geistigen Waffen der sich schimpfenden. Auf eine Beschwerde beim Herrn Landrat in Moers hatte dieser nur ein mitleidiges Lächeln.

ler, im ganzen Wahlkreise! wollt Ihr noch länger solches ansehen. Am 25. Januar gebt die Antwort durch es sozialdemokratischen Stimmzettes,

die geistigen Waffen der Zentrumsmatadoren Kreise Rees, auf die polizeilichen Uebergriffe Marienbaum und Hochhemmerich,

antwort auf die Saalabtreiberen, protestiert gegen Fleischwucher, gegen Zoll- und Absperrungspolitik, gegen die Guldenwirtschaft, gegen die Sandwüstenpolitik, gegen die Hausvorlage, gegen das neue Antigewerkschaftsgesetz, durch hsham unter namenlosen Opfern aufgebaute Gewerkschaftsentmündigt und zertrümmert werden soll.

n, denn in den letzten Tagen werden unsere Uns ist es nicht möglich, in letzter Stunde

des Volkes Recht und um des Sozialdemokratische Partei durch rung der Reichstagsitze.